

CH_VB JAAC 70.87 vom 20. April 2006

Bundesverwaltung, 2006-04-20, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_JAAC_70.87__

FR: CH_VB JAAC 70.87 du 20 avril 2006

IT: CH_VB JAAC 70.87 del 20 aprile 2006

Erwägungen

E. 15

Erteilung von Transportaufträgen an Dritte. Das bedeutet, dass die Post hilfsweise Dritte mit der Paketbeförderung beauftragen kann, die PaketPost jedoch nicht integral in die PostLogistics auslagern darf. 5 Recht zur Gründung von Gesellschaften (Art. 3 Abs. 2 POG) a) Fragestellung Wie gesagt hat die Post auf Grund von Art. 2 Abs. 1 PG die gesetzliche Pflicht, die Universaldienste gemäss Postgesetz prinzipiell selber zu erbringen. Diese im Postgesetz statuierte Pflicht könnte im Postorganisationsgesetz derogiert werden, und zwar durch Art. 3 Abs. 2 POG. Art. 3 POG hat folgenden Wortlaut: «Art. 3 Zweck 1 Die Post erbringt im In- und Ausland Dienstleistungen nach der Postgesetzgebung und der Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr. 2 Sie kann alle Rechtsgeschäfte tätigen, die der Unternehmungszweck mit sich bringt, namentlich Grundstücke erwerben und veräussern sowie Gesellschaften gründen, sich an Gesellschaften beteiligen oder auf andere Weise mit Dritten zusammenarbeiten.» Art. 3 Abs. 2 POG erteilt der Post u.a. das Recht, Gesellschaften zu gründen und sich an Gesellschaften zu beteiligen. Dieses Recht umfasst die Gründung von Konzerngesellschaften. Wenn die Post schon Konzerngesellschaften gründen darf, so kann argumentiert werden, kann sie auch mittels Auslagerung Universaldienste an solche Gesellschaften übertragen. Es stellt sich somit die Frage, ob Art. 3 Abs. 2 POG im Bereich der Universaldienste - in Abweichung vom Postgesetz - der Post eine Übertragungskompetenz verleiht. b) Grammatikalische Auslegung Der Wortlaut erfasst die Übertragung von Postaufgaben an Tochtergesellschaften der Post nicht explizit. Denkbar ist allerdings, dass der Gesetzgeber mit der Erlaubnis zur Gründung von Gesellschaften der Post implizit auch die Erlaubnis zur Übertragung von Universaldiensten an solche Gesellschaften gegeben hat. Ob dies der Fall ist, muss mit Hilfe der weiteren Auslegungsmethoden, d. h. der systematischen, teleologischen und historischen Auslegung von Art. 3 Abs. 2 POG, geklärt werden. c) Systematische Auslegung Die systematische Stellung von Art. 3 Abs. 2 POG spricht nicht dafür, dass diese Bestimmung eine implizite Kompetenz zur Übertragung von Universaldiensten an Tochtergesellschaften enthält. Hätte der Gesetzgeber von der Leistungspflicht der Post im Bereich des Universaldienstes Ausnahmen machen und der Post entsprechende Übertragungskompetenzen einräumen wollen, wäre es in regelungstechnischer Hinsicht kohärenter gewesen, dies im

E. 16

Postgesetz zu tun. Das Postgesetz regelt die Dienstleistungen, die von der Post angeboten werden (Art. 1 Abs. 2 PG), während das Postorganisationsgesetz die Errichtung und Organisation der Post normiert (Art. 1 POG). Die gesetzliche Leistungspflicht der Post ist im Postgesetz verankert (Art. 2 Abs. 1 PG). Entsprechend wären auch Ausnahmen von der Leistungspflicht ins Postgesetz - und nicht ins Postorganisationsgesetz - aufzunehmen gewesen. d) Teleologische Auslegung Mit Erlass des Postorganisationsgesetzes verfolgte

der Gesetzgeber u.a. den Zweck, der Post mehr unternehmerische Flexibilität einzuräumen und dadurch die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Post zu stärken. Der Bundesrat umschrieb diese Zielsetzung wie folgt: «Die Stichworte Flexibilität und Delegation stellen die Grundpfeiler des Entwurfs für das POG dar. Flexibilität soll sowohl im Aussen- als auch im Innenverhältnis verwirklicht werden. Bei verschiedenen Bestimmungen wurden Anleihen im Aktienrecht gemacht. Die Führungsmechanismen sind so ausgestaltet, dass sie nicht von einer Momentaufnahme ausgehen und eine einzige Organisationslösung vorsehen. Es werden vielmehr nur die Organe und ihr Zusammenspiel geregelt. Der organisatorische Aufbau wird der Unternehmung überlassen, die so auf geänderte Bedürfnisse reagieren kann. Das POG versteht sich als Grundsatzterlass. Der Verwaltungsrat der Post wird ermächtigt, ein Organisationsreglement zu erlassen.»[46] Mit der Kompetenz zur Gründung von Beteiligungsgesellschaften räumt Art. 3 Abs. 2 POG der Post unternehmerische Flexibilität ein, eine Flexibilität, welche die ehemalige PTT nicht hatte[47]. Art. 3 Abs. 2 POG entspricht insofern der Zielsetzung des Postorganisationsgesetzes. Man könnte sich fragen, ob die Kompetenz zur Gründung von Beteiligungsgesellschaften überhaupt einen Sinn macht, ohne dass die Post die Erbringung von Universaldiensten an solche Gesellschaften mittels Auslagerung übertragen kann. Diese Frage ist jedoch zu bejahen: Der Post steht es wie erwähnt frei, bereits erbrachte Wettbewerbsdienste an Tochtergesellschaften auszulagern bzw. neue Dienstleistungen von Tochtergesellschaften erfüllen zu lassen[48]. Denkbar ist auch eine Auslagerung einzelner Service- oder Funktionsbereiche, die nicht Teil der gesetzlichen Leistungspflicht sind, wie etwa eine Auslagerung der Informatik oder der Buchhaltung an Tochterunternehmen. Die Post hat bisher über dreissig Beteiligungsgesellschaften in der Schweiz und anderen Ländern gegründet, ohne die Erbringung von Universaldiensten auszulagern. Die Kompetenz zur Gründung von Beteiligungsgesellschaften in Art. 3 Abs. 2 POG macht somit auch Sinn, ohne dass die Post die Erbringung von Universaldiensten an solche Gesellschaften mittels Auslagerung übertragen kann. Dem Ziel, der Post unternehmerische Flexibilität einzuräumen, dienen im Übrigen weitere gesetzgeberische Vorkehren wie die Gewährung weitgehender Organisations- und Finanzautonomie[49] sowie die Erlaubnis, Dritte für die Erbringung der Universaldienste beizuziehen (Art. 3 Abs. 1 Satz 2 PG) und Wettbewerbsdienste anzubieten (Art. 9 Abs. 1 PG). Das Ziel grösserer unternehmerischer Handlungsspielräume der Post kann demzufolge mit der geltenden Postordnung auch verwirklicht werden, ohne dass die Erbringung

E. 17

von Universaldiensten an Beteiligungsgesellschaften ausgelagert wird. Die teleologische Auslegung von Art. 3 Abs. 2 POG legt damit die Annahme einer impliziten Übertragungskompetenz im Bereich der Universaldienste nicht nahe. e) Historische Auslegung Ebenso wenig ergibt sich aus den Materialien zu Art. 3 Abs. 2 POG eine implizite Kompetenz zur Auslagerung von Postaufgaben. Aus zwei Stellen in der Botschaft zum Postorganisationsgesetz wird deutlich, dass diese Bestimmung primär bezweckte, der Post die Bildung von Allianzen zu ermöglichen: «Mit den neuen Verkehrserlassen (PG und FMG) soll der Wettbewerb im Sinne der marktwirtschaftlichen Erneuerung massiv verstärkt werden. Aus diesen Gründen muss Post und Telecom PTT die Möglichkeit gegeben werden, im veränderten dynamischen Markt flexibel und rasch agieren zu können. Dazu brauchen sie einen neu definierten, grösseren unternehmerischen Spielraum. Im einzelnen ergibt sich daraus Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen: -
Allianzfähigkeit: Die Post und die Telecom PTT benötigen die gesetzlichen Grundlagen,

um selbständig über Beteiligungen, Gründungen von Tochtergesellschaften und andere Formen der Zusammenarbeit mit Dritten entscheiden zu können. (...)»[50] «Um die ihr zufallenden Aufgaben erfüllen zu können, muss die Post über die nötigen Instrumente für eine umfassende wirtschaftliche Tätigkeit verfügen. Diese werden ihr durch die Grundlage in Abs. 2 in die Hand gegeben. Sie ermöglichen ihr insbesondere die Gründung von Tochtergesellschaften und die Bildung von Allianzen. Dieser Absatz schafft somit die gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit Dritten.»[51] f) Zwischenergebnis Art. 3 Abs. 2 POG räumt der Post u.a. die Kompetenz ein, Gesellschaften zu gründen und sich an Gesellschaften zu beteiligen. Die Kompetenz zur Übertragung von Postaufgaben ist vom Wortlaut dieser Regelung nicht explizit erfasst. Weder die systematische noch die teleologische noch die historische Auslegung bieten Anhaltspunkte dafür, dass Art. 3 Abs. 2 POG eine implizite Kompetenz zur Übertragung von Universaldiensten enthält. Daraus folgt, dass Art. 3 Abs. 2 POG keine Ausnahme von der gesetzlichen Pflicht der Post zur Erbringung der Universaldienste vorsieht. 6 Loi sur le personnel de la Confédération a) Réglementation applicable Après avoir examiné la question de savoir si la Poste peut externaliser l'acheminement de colis et celle d'un éventuel transfert des rapports de travail du personnel concerné au droit privé sur la base de la loi sur l'organisation de

E. 18

la poste[52], il s'agit d'appréhender cette dernière question dans la perspective de la Loi du 24 mars 2000 sur le personnel de la Confédération (LPers, RS 172.220.1). Cette loi prévoit, en particulier, que: «Art. 2 Champ d'application 1 La présente loi s'applique au personnel: (...) c. de la Poste Suisse régie par la loi du 30 avril 1997 sur l'organisation de la Poste; (...)» «Art. 3 Employeurs 1 Les employeurs au sens de la présente loi sont: (...) c. la Poste Suisse; (...)» Le personnel de «La Poste Suisse» est ainsi, en principe, soumis à la loi sur le personnel de la Confédération, à l'ordonnance-cadre du 20 décembre 2000 relative à la loi sur le personnel de la Confédération (ordonnance-cadre LPers, RS 172.220.11) et à la convention collective de travail Poste (CCT Poste), que les partenaires sociaux sont tenus de conclure en vertu de l'art. 38 LPers[53]. Cette dernière s'applique en principe à l'ensemble du personnel de la poste (et pas seulement aux membres des associations du personnel signataires de la CCT). La LPers a introduit une nouvelle procédure de création de règles dans le service public[54]. Le législateur a prévu cet instrument de réglementation ainsi que les délégations législatives pour accorder la marge de manœuvre nécessaire aux employeurs de la Confédération[55]. Par ailleurs, les rapports de travail des cadres jusqu'au deuxième échelon hiérarchique, des auxiliaires, des stagiaires, des personnes travaillant à domicile et le personnel à l'étranger peuvent être soumis au droit des obligations sur la base de la législation sur le personnel de la Confédération. L'art. 6 al. 5 LPers prévoit une délégation de compétences en faveur du Conseil fédéral qui peut soumettre certaines catégories de personnel au Code des obligations (CO). Le Conseil fédéral a fait usage de cette possibilité. Les rapports de travail des catégories de personnel susmentionnées sont soumis au droit des obligations[56]; les rapports de travail des auxiliaires sont, en outre, soumis à la CCT auxiliaire. La possibilité d'assujettir d'autres catégories de personnel de la poste au droit privé sur la base du droit public existe donc. Elle présuppose une modification de l'ordonnance-cadre relative à la loi sur le personnel de la Confédération. Mises à part ces catégories spécifiques de personnel soumises au Code des obligations sur la base de la législation sur le personnel de la Confédération, les rapports de travail de l'ensemble du personnel de «La Poste Suisse»

E. 19

sont soumis au droit public. La LPers ne prévoit, par ailleurs, aucune réglementation spécifique sur le transfert de rapports de travail du droit public au droit privé. b)

Interprétation littérale Il s'agit dès lors d'examiner ce que recouvre la notion de «La Poste Suisse» dans la perspective de la législation sur le personnel de la Confédération. L'art. 2 al. 1 let. c LPers opère un renvoi à la loi sur l'organisation de la Poste dans son ensemble. Il ne se limite pas, autrement dit, à effectuer un renvoi à l'art. 2 al. 1 de la Loi fédérale du 30 avril 1997 sur l'organisation de la Poste (LOP, RS 783.1). Dans la mesure où les deux lois font appel à la notion de «La Poste Suisse» il est vraisemblable que cette dernière a la même signification dans les deux lois. On peut admettre que l'art. 2 al. 1 let. c LPers signifie que le personnel de l'établissement de droit public «La Poste Suisse» est soumis à la LPers. La question du droit régissant le personnel des sociétés que la Poste est autorisée à créer en vertu de l'art. 3 al. 2 de la loi sur l'organisation de la Poste n'est pas cependant pas explicitement réglée dans ce cadre. Il convient donc de se tourner vers d'autres méthodes d'interprétation. c) Interprétation systématique L'analyse de la place systématique de l'art. 2 al. 1 let. c et de l'art. 3 al. 1 let. c LPers ne fournit aucune réponse à la question posée. L'interprétation conforme au contexte[57] doit être complétée par une interprétation conforme à d'autres textes de droit public. En effet, les dispositions des actes de même degré doivent converger autant que possible, ce qui signifie qu'elles seront interprétées les unes en fonction des autres; «cela est vrai, en particulier, en ce qui concerne les actes contemporains».[58] Dans cette optique, le système juridique adopté par le Parlement, le 30 avril 1997, en ce qui concerne l'organisation de la Poste, et, le 24 mars 2000, en ce qui concerne le personnel de la Confédération, est censé former un tout. Cependant, l'art. 15 de la loi sur l'organisation de la Poste se limite essentiellement à prévoir l'assujettissement du personnel de la Poste à la législation concernant le personnel de la Confédération[59]. L'interprétation de cette disposition ne permet pas non plus de répondre à la question posée. d) Interprétation téléologique Le but d'une règle est lié à ses conditions d'application, ainsi qu'aux personnes qu'elle régit[60]. L'interprétation téléologique se caractérise ainsi par un dynamisme. Il s'agit ainsi, en tenant compte de cet aspect, de s'interroger en premier lieu sur les buts poursuivis par la LPers dans son ensemble avant d'examiner plus précisément l'art. 2 al. 1 let. c LPers. La LPers a été conçue, on l'a vu, pour être une loi souple qui ne règle que les points principaux et qui permet la différenciation au niveau législatif inférieur[61]. Un des buts poursuivis par la loi sur le personnel de la Confédération est d'offrir une

E. 20

flexibilité suffisamment importante pour que les entreprises telles que la Poste et les Chemins de fer fédéraux suisses (CFF) puissent se développer conformément à des impératifs liés aux lois du marché[62]. Le législateur de la LPers était conscient des problèmes spécifiques posés par les entreprises fédérales. C'est en connaissance de cause qu'il a, néanmoins, décidé de rendre la LPers applicable au personnel de la Poste. Le législateur a donc eu une conception large du personnel de la Confédération. Il a voulu que la LPers prévoie un ensemble de normes communes à la totalité de ce personnel «pour éviter l'atomisation du droit du travail de la Confédération».[63] L'art. 2 al. 1 let. c LPers traduit ce choix et vise manifestement à ce que le personnel de la Poste continue d'être soumis à la législation sur le personnel de la Confédération.[64] On irait à l'encontre de ce but si la Poste avait elle-même la possibilité de sortir peu à peu d'importantes catégories de

son personnel du champ d'application de la LPers pour pouvoir soumettre leurs rapports de travail au droit privé et d'augmenter ainsi sa compétitivité.[65] Dans ce sens, le transfert du personnel de PosteColis dans la société PostLogistics SA pour assujettir les rapports de travail des personnes concernées au droit privé serait problématique en regard du but poursuivi par le législateur. e) Interprétation historique L'examen des circonstances dans lesquelles l'art. 2 al. 1 let. c et l'art. 3 al. 1 let. c LPers ont été adoptés permet de dégager l'intention du législateur et de confirmer les résultats dégagés par les autres méthodes d'interprétation. L'examen des travaux préparatoires est, en ce qui concerne l'adoption de l'art. 2 al. 1 let. c et de l'art. 3 al. 1 let. c LPers, particulièrement convainquant. L'Office de la justice mettra l'accent sur les débats relatifs à l'art. 2 al. 1 let. c LPers en rappelant que les Chambres se sont chaque fois prononcées en même temps sur la teneur de l'art. 3 al. 1 let. c LPers. Le Conseil national (conseil prioritaire) a débattu du statut du personnel de la Poste dès le débat d'entrée en matière sur le projet de loi sur le personnel de la Confédération[66]. Un amendement Bortoluzzi proposait un renvoi à la Commission avec le mandat de présenter un projet qui, en particulier, ne traite pas du personnel de la Poste et des Chemins de fer fédéraux (CFF). La concurrence internationale faisait obstacle, selon M. Bortoluzzi, à l'assujettissement des rapports de travail du personnel de la Poste et des CFF à la loi sur le personnel de la Confédération. Sa proposition a été rejetée[67]. Mais c'est surtout lors de la discussion par article que les travaux préparatoires sont les plus clairs. Le Conseil national s'est, en effet, prononcé sur une proposition Pelli relative à l'art. 2 al. 1 let. c et d LPers au libellé suivant: «Al. 1 (...) c. de la Poste suisse et des entreprises qu'elle contrôle d. sur les Chemins de fer fédéraux et des entreprises qu'ils contrôlent;»

E. 21

M. Pelli a exprimé ses inquiétudes face à l'avenir du personnel de la Poste et des CFF: «Meine Anträge sind nicht nur Anträge, sondern sie formulieren auch die Frage: Was passiert in Zukunft mit dem Personal der Schweizerischen Post und der SBB [...]? Staatsrechtlich problematisch scheint es mir [...], den SBB und der Post stillschweigend die allgemeine Bewilligung zu erteilen, durch Schaffung von Tochtergesellschaften die Anstellungsverhältnisse so zu gestalten, als ob die Grundregeln des BPG, des POG bzw. des SBBG nicht existieren würden»[68]. Sa proposition répondait aux préoccupations d'autres parlementaires. «Un autre aspect de la proposition Pelli est à rechercher du côté des événements récents qui se sont passés et des projets à court terme visant à séparer des éléments des entreprises Poste et CFF pour en faire des unités autonomes. Le saucissonnage des entreprises pourrait en quelques années enlever tout son sens à la loi que nous discutons et la transformer en coquille vide»[69]. Pour le rapporteur de la Commission, la crainte de voir la Poste et les CFF transférer leurs activités à des sociétés pour soustraire les rapports de travail du personnel concerné à la LPers était sans fondement: «[...] Die Kommission hat sich mit den Anträgen nicht befasst, aber die Grundüberlegungen bezüglich des Geltungsbereiches des BPG diskutiert. Mit anderen Worten: Es muss Post und Bahnen möglich sein, Firmen zu gründen, insbesondere Firmen über die Grenze hinweg, die nachher nicht dem BPG unterstehen, aber zur Mehrheit der Post oder den SBB gehören. Ganz konkret muss es möglich sein, dass die SBB mit den Italienischen Staatsbahnen eine gemeinsame Gesellschaft gründen, worin die SBB einen Anteil von 51 Prozent und die Italienischen Staatsbahnen einen solchen von 49 Prozent haben, ohne dass mit dieser Entscheid bereits definiert ist, dass diese Unternehmung nachher dem BPG untersteht. [...] Aber - da verstehe ich vielleicht die Bedenken, die vorhin von Herrn Béguelin auch geäußert wurden - es ist auch ganz klar, dass es nicht so sein soll, dass Post und Bahnen

ihre angestammten Tätigkeitsgebiete einfach ausgliedern, Untergesellschaften gründen und sich so dem BPG entziehen. Das ist nicht der Sinn und Zweck des BPG»[70]! Dans le même sens, les déclarations gouvernementales ont été à l'encontre des inquiétudes exprimées dans la proposition Pelli. «Die beiden Bundesunternehmen müssen auch weiterhin die Möglichkeit haben, für Tätigkeiten, die ausserhalb ihres Kernbereiches liegen, Tochterunternehmungen zu gründen und Beteiligungen einzugehen, auch an privaten Unternehmen. Das können sie natürlich nur, wenn sie dort privatrechtliche Anstellungsverhältnisse eingehen können. Ich weiss woher die Ängste kommen, die man in diesem Zusammenhang hat - dafür habe ich Verständnis -: Es darf natürlich nicht sein, dass sich Post und SBB sozusagen auf eine Holdingfunktion zurückziehen und alle ihre Kernbereiche auslagern, damit diese nicht mehr dem Bundespersonalrecht unterliegen. Die Kompetenz, die Sie beiden Betrieben gegeben haben, nämlich Joint ventures und Allianzen einzugehen, ermächtigt zu ergänzenden

E. 22

Beteiligungen, nicht zur Auslagerung des Kerngeschäftes. Es ist auch nicht so, wie Herr Pelli gesagt hat, dass z. B. die SBB nirgends mit dem Markt in Konkurrenz stehen. Sie werden das sehen: Mit dem free access, der durch die Schweiz führt und mit dem alle anderen das Schienennetz auch nutzen dürfen, ist natürlich ein knallharter Wettbewerb zu erwarten. Der betrifft zum Teil das Kerngeschäft. Ich mache mir heute schon etwas Sorgen darüber, ob die SBB dann konkurrenzfähig sein werden. Ich sage hier aber ausdrücklich: Die Auslagerung des Kerngeschäftes ist damit nicht gemeint, sondern es geht um diese Allianzen, die in der heutigen Zeit nötig sind, damit ein Betrieb überhaupt leistungsfähig bleibt»[71]. Le Conseil national a, néanmoins, adopté la proposition Pelli[72]. Lors des débats au Conseil des Etats, M. Villiger a combattu la décision du Conseil national dans les termes suivants: «Ich werde mich dieser Unterstellung, die von Herrn Pelli im Nationalrat eingebracht worden ist, widersetzen. Denn dadurch werden diese beiden grossen Gebilde allianzunfähig, und das wäre letztlich nicht im Interesse von Post und SBB. Aber - auch das werde ich sagen - das soll kein Vorwand sein, um das ganze Personal quasi schleichend dem OR zu unterstellen und nur noch eine kleine «Dachholding» unter dem Bundespersonalrecht zu führen. Das würde gegen Treu und Glauben verstossen; das kann ich den Vertretern der Verbände zusichern»[73]. Le Conseil des Etats s'est rallié au projet du Conseil fédéral. Au Conseil national, lors de l'élimination des divergences, M. Villiger s'est référé à la loi sur l'organisation de la Poste dans les termes suivants: «Sie haben im Postorganisationsgesetz und im SBB-Gesetz die Möglichkeit geschaffen, Tochterfirmen zu gründen. Es geht bei diesen Tochterfirmen nicht darum, das Kerngeschäft zu verlagern, um irgendwie dem neuen Personalrecht entgehen zu können, sondern es geht wirklich darum, dort, wo es vom Markt her nötig ist, durch Kooperationen, durch Zusammenarbeit, durch Jointventures jene Struktur zu schaffen, die ein Überleben am Markt ermöglicht. Es geht also um die Tochtergesellschaften»[74]. Le Conseil national a suivi la proposition de la commission et a adhéré à la décision du Conseil des Etats. Les travaux préparatoires pourraient difficilement être plus clairs en ce qui concerne l'intention du législateur. Il ressort d'une part que la loi sur le personnel ne s'applique, en principe, pas aux sociétés créées par la Poste telles que les concevait, à l'époque, le législateur, c'est-à-dire en vue de conclure des alliances dans de nouveaux secteurs. D'autre part, les travaux préparatoires montrent la volonté du législateur de maintenir un établissement de droit public avec un personnel soumis à la législation sur le personnel de la Confédération également dans les secteurs soumis à la concurrence. Certes, en se référant au noyau des activités de la Poste

«Kerngeschäft» et à ses activités traditionnelles «angestammte Tätigkeiten», le législateur de la LPers ne se base pas sur une conception juridique de l'ensemble des activités de la Poste mais sur la représentation qu'il a de l'établissement la Poste Suisse. Il s'est en conséquence limité à évoquer la problématique de la création de sociétés en vue de conclure des alliances. Il ne s'est, autrement dit, à aucun moment référé à la notion de services réservés, non réservés et libres. L'intention

E. 23

du législateur n'en est pas moins manifeste. En évoquant les problèmes de concurrence y compris dans les activités traditionnelles de la Poste, il exclut en tout cas que le noyau des activités de la Poste «Kerngeschäft» se limite au domaine réservé. Il n'est pas douteux que le transport des colis fasse partie des activités traditionnelles de la poste[75]. Les travaux préparatoires relatifs à la loi sur le personnel s'opposent en conséquence au transfert des rapports de travail du personnel de PosteColis au droit privé, au sein de la société PostLogistics SA. f) Bilan intermédiaire La loi sur le personnel de la Confédération a été conçue comme une loi souple pour qu'elle puisse régir les rapports de travail du personnel dans tous les secteurs de la Confédération y compris la Poste et les CFF. Elle a pris en compte les difficultés spécifiques de ces deux entreprises fédérales qui se développent dans un environnement concurrentiel en mutation en leur accordant, ainsi qu'aux partenaires sociaux, un pouvoir étendu de réglementation. Les travaux parlementaires montrent sans équivoque la volonté du législateur de soumettre les rapports de travail du personnel de la poste qui accomplit les activités traditionnelles de cette dernière au droit public. Ils s'opposent, en conséquence, au transfert des rapports de travail du personnel de PosteColis au droit privé. Il n'y a pas lieu dans ce cadre d'examiner la question des modalités du transfert ou des charges. 7 Praktische Konsequenzen für das Unternehmen Post a) Ergebnisse de lege lata Das Gutachten des Bundesamtes für Justiz kommt damit zum Ergebnis, dass die integrale Auslagerung von Universaldiensten in Konzerngesellschaften der Post als solche mit den gesetzlichen Vorgaben nicht vereinbar ist. Die Post hat die gesetzliche Pflicht, die vom Postgesetz definierten Universaldienste zu erbringen. Zum Universaldienst gehört u.a. die Beförderung von Paketen bis 20 kg. Eine integrale Auslagerung des Geschäftsbereichs PaketPost in die PostLogistics AG ist damit gesetzeswidrig, soweit die Beförderung von Paketen bis 20 kg betroffen ist. Insoweit stellt sich auch die Frage nicht, ob das Personal des Bereichs PaketPost in die PostLogistics AG überführt werden kann. Demgegenüber könnte aus rechtlicher Sicht die Beförderung von schwereren Paketen in eine Konzerngesellschaft ausgelagert werden. Entsprechend dürfte das mit der Beförderung von schwereren Paketen beschäftigte Postpersonal

E. 24

in eine Konzerngesellschaft überführt werden. Es liegt allerdings auf der Hand, dass eine derartige Aufteilung der Paketbeförderung auf mehrere Unternehmen betriebswirtschaftlich kaum sinnvoll ist. b) Überlegungen de lege ferenda Die seit 1998 in Kraft stehende gesetzliche Ordnung des Postwesens hat dem Unternehmen Post ermöglicht, seine Organisationsstruktur und Produktionsweise schrittweise an die veränderten marktwirtschaftlichen Bedürfnisse anzupassen. Seit der Trennung von Post und Telecom haben sich die Geschäftsergebnisse und damit verbunden die Marktfähigkeit der Postunternehmung positiv entwickelt. Die Post hat damit die vom Eigner Bund gesetzten strategischen Erwartungen erfüllt[76]. Dank einer effizient wirtschaftenden Postunternehmung konnte auch ein qualitativ hochstehender Universaldienst erbracht

werden[77]. Mit dem von der Post geplanten weiteren organisatorischen Entwicklungsschritt - der Auslagerung des Bereichs PaketPost in die PostLogistics AG - werden die Grenzen der geltenden Postordnung jedoch überschritten. Neu an dieser geplanten Strukturanpassung ist der Umstand, dass die Erbringung eines Universaldienstes im Post- und Zahlungsverkehr gesamthaft in eine privatrechtliche Konzerngesellschaft ausgelagert werden soll. Würde entgegen der im vorliegenden Gutachten vertretenen Gesetzesauslegung eine solche Auslagerung als zulässig erachtet, stünde einer Übertragung sämtlicher Universaldienste - und zwar auch der Universaldienste im Monopolbereich - an Konzerngesellschaften juristisch nichts mehr im Wege. Die Post könnte sich auf eine Holding-Funktion zurückziehen, indem sie nur noch Beteiligungen hält und ihre Konzerngesellschaften strategisch kontrolliert. Das Gutachten hat dargelegt, dass dies nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht. Zulässig bleiben Dienstleistungsaufträge an Dritte in Form von Franchiselösungen, Agenturen oder Transportaufträgen. Diese Formen der Leistungsbeschaffung können von der Post bei Bedarf noch ausgebaut werden. Eine integrale Auslagerung von Betriebsmitteln, Personal und Vertragsbeziehungen zu Auftragnehmern und allenfalls zu Kunden würde jedoch den Rahmen der Postgesetzgebung sprengen. Wegen der aufgezeigten gesetzlichen Schranken ist es der Post verwehrt, die Bereiche PaketPost, ExpressPost und Güterlogistik in einer Unternehmung zusammenzuführen. Eine solche Zusammenführung hätte die Post in die Lage versetzt, mittels Bündelung von Produktionsschritten, Vereinheitlichung des Marktauftritts und Vereinfachung der Schnittstellen zur Kundschaft Synergiemöglichkeiten zu nutzen. Auch in anderen Bereichen des Universaldienstes, insbesondere PostFinance und International, werden mögliche Effizienzsteigerungen durch gesamthafte Auslagerungen in Konzerngesellschaften mit dem Gesetz prima facie kaum vereinbar sein. Insoweit steht die geltende Postordnung den strategischen Vorgaben des Bundesrats, weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen, entgegen. Ob die gewandelten markt- und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse eine Revision der Postordnung erforderlich machen, muss vom Gesetzgeber beurteilt werden. Die von der Post angestrebte Flexibilität

E. 25

könnte insbesondere erreicht werden, indem die Leistungspflicht im Universaldienst auf eine Sicherstellungspflicht reduziert oder indem die Post als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft - nach dem Vorbild des Telekommunikationsunternehmensgesetzes vom 30. April 1997 (TUG, SR 784.11) - ausgestaltet wird. Denkbar sind aber auch weitergehende Reformschritte, welche das Monopol der Post aufheben, die Post von der gesetzlichen Pflicht zur Erbringung der Universaldienste entbinden und - analog zum Fernmeldegesetz vom 30. April 1997 (FMG, SR 784.10) - die Grundversorgung im Postwesen in Form von Konzessionen sicherstellen. Eine solche Postmarktordnung wurde bisher vom Gesetzgeber zwar bewusst abgelehnt[78], könnte aber angesichts der veränderten Umstände unter neuen Aspekten wieder diskutiert werden. [1] Zu lesen auf der Internetseite des Bundesamtes für Justiz unter:http://www.ofj.admin.ch/etc/medialib/data/staat_buerger/gesetzgebung/bundesverfassung.Par.0006.File.tmp/bv-alt-d.pdf (letzter Besuch: 4. Juli 2006). [2] Zum Ganzen: Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, BBl 1997 I 271. Sodann Martin Lendi, Kommentar BV, Basel/Zürich/Bern 1987, Art. 36 aBV, N 8; Herbert Burkert, St. Galler Kommentar, Zürich usw. 2002, Art. 92 BV, Rz. 2; Jean-François Aubert, Petit commentaire de la Constitution fédérale, Zürich usw. 2003, Art. 92, Rz. 2. [3] Martin Lendi, Kommentar BV, Basel/Zürich/Bern 1987, Art. 36 aBV, N 4; Herbert Burkert, St.

[ofj.admin.ch/etc/medialib/data/staat_buerger/gesetzgebung/bundesverfassung.Par.0006.File.tmp/bv-alt-d.pdf](http://www.ofj.admin.ch/etc/medialib/data/staat_buerger/gesetzgebung/bundesverfassung.Par.0006.File.tmp/bv-alt-d.pdf)

[1] Zu lesen auf der Internetseite des Bundesamtes für Justiz unter:http://www.ofj.admin.ch/etc/medialib/data/staat_buerger/gesetzgebung/bundesverfassung.Par.0006.File.tmp/bv-alt-d.pdf (letzter Besuch: 4. Juli 2006). [2] Zum Ganzen: Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, BBl 1997 I 271. Sodann Martin Lendi, Kommentar BV, Basel/Zürich/Bern 1987, Art. 36 aBV, N 8; Herbert Burkert, St. Galler Kommentar, Zürich usw. 2002, Art. 92 BV, Rz. 2; Jean-François Aubert, Petit commentaire de la Constitution fédérale, Zürich usw. 2003, Art. 92, Rz. 2. [3] Martin Lendi, Kommentar BV, Basel/Zürich/Bern 1987, Art. 36 aBV, N 4; Herbert Burkert, St.

Galler Kommentar, Zürich usw. 2002, Art. 92 BV, Rz. 3. [4] Vgl. Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1365 f., 1474; Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. Nov. 1996, BBl 1997 I 271. Gegen die Zulässigkeit einer vollständigen Privatisierung der staatlichen Post- und Telekommunikationsunternehmen Blaise Knapp, *La Constitution et les formes d'organisation des PTT*, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht [ZBl] 1994 489 503 ff.; Jean-François Aubert, *Petit commentaire de la Constitution fédérale*, Zürich etc. 2003, Art. 92, Rz. 8. [5] Botschaft zum revidierten Fernmeldegesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1474; Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, BBl 1997 I 271; Sodann Martin Lendi, *Kommentar BV*, Basel/Zürich/Bern 1987, Art. 36 aBV, N 3. [6] Vgl. Rolf H. Weber, in: Thüerer/Aubert/J.P. Müller (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz*, Zürich 2001, § 60, N 27. [7] Änderung von Art. 2 Abs. 1 VPG, die am 1. April 2006 in Kraft tritt (Bundesratsbeschluss vom 16. November 2005). [8] Per 1. Januar 2004 wurde der Paketmarkt geöffnet. Vorher gehörte die Beförderung von adressierten Paketen bis 2 kg zum reservierten Bereich. [9] AS 1997 2459. Sodann BBl 1996 III 1292. [10] Botschaft zur Bahnreform vom 13. November 1996, BBl 1997 I 931. [11] Dazu auch die Übersicht in Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5017 ff. [12] Zum zweistufigen Modell der Monopolfinanzierung und Fondsfinanzierung siehe Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1277 ff.

E. 26

[13] In Verbindung mit Art. 62d des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG, SR 172.010). Zur Abgabepflicht der Post im Bereich der Wettbewerbsdienste BGE 2P.154/2005 vom 14. Februar 2006 (nicht publiziert). [14] Art. 56 Bst. a des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG, SR 642.11). [15] In Kraft seit 1. Januar 2004. [16] Die Staatsgarantie ist nicht ausdrücklich im Gesetz verankert, ergibt sich aber implizit aus Art. 16 Abs. 2 POG, der auf das Verantwortlichkeitsgesetz vom 14. März 1958 (VG, SR 170.32) verweist. Nach Art. 3 VG haftet der Bund für jeden Schaden, den Angestellte in Ausübung ihrer Verwaltungsaufgaben Dritten widerrechtlich zufügen. Zur Staatsgarantie der Post insbesondere Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5077 f. [17] Der Geschäftsbereich Personenverkehr wurde per 1. Juli 2006 in die PostAuto AG, eine Aktiengesellschaft im vollen Eigentum der Post, ausgegliedert. [18] Vgl. Botschaft zum Bundespersonalgesetz vom 14. Dezember 1998, BBl 1998 II 1630: Mit dem Gesetz wird der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) als neues Normschöpfungs-Verfahren für den öffentlichen Dienst eingeführt. [19] In Kraft seit 1. Januar 2002. [20] Dazu unten Kap. 6a. [21] In Kraft seit Juni 2005. [22] Vgl. GAV KG Ziff. 11 ff., insbesondere Ziff. 16: «Der GAV KG gilt für die in einem Arbeitsverhältnis zu einer angeschlossenen Konzerngesellschaft stehenden Mitarbeitenden.» [23] Zur gesetzlichen Leistungspflicht der Post ferner BGE 129 III 35 E. 4.1 S. 37. Aus der Lehre Tobias Jaag/Georg Müller/Pierre Tschannen, *Ausgewählte Gebiete des Bundesverwaltungsrechts*, 6. Aufl., Basel/Genf/München 2006, S. 89. [24] Vgl. Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1316: «Bei der Post wird mit der Anstaltsform die Bedeutung des

«Service public» unterstrichen. Dieser öffentliche Auftrag soll unter Ausnützung der verfügbaren ökonomischen Anreize und nach Grundsätzen der modernen Unternehmungsführung erfüllt werden. Da die Festlegung des Umfangs der flächendeckenden Grundversorgung von politischen Auftraggebern mitbestimmt wird, erscheint die Form der selbständigen Anstalt als sachgerecht. Zudem bietet die gewählte Rechtsform die besten Voraussetzungen zur Sicherstellung der Eigenfinanzierung. Die Post braucht nämlich für die langfristige Überlebensfähigkeit Sicherheiten wie ein Dotationskapital und eine Staatsgarantie. Die finanziell ungünstigen Rahmenbedingungen der Post sprechen gegen die Formen der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft oder gar einer Aktiengesellschaft nach Privatrecht.» [25] Dazu AB 1996 N 2276 (Votum Caccia Fulvio, Berichterstatter); AB 1997 S 69 (Votum Schüle Kurt, Berichterstatter). Sodann Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1256 ff.

E. 27

[26] Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1316. [27] Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1318. [28] Vgl. auch Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5017: «Der Universaldienst im Postverkehr umfasst die Annahme, die Abholung, den Transport und die Zustellung von adressierten Briefen und Paketen bis 20 kg in der Regel an allen Werktagen, mindestens aber an fünf Tagen pro Woche.» [29] Vgl. Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1275 («Verarbeitung»), 1280 («Sortierung»). [30] Dazu etwa Ulrich Häfelin/Georg Müller, Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2002, Rz. 730. [31] Nach dem Agentur-Modell übernimmt ein Partner im Auftrag der Post einzelne Postgeschäfte. Als Agenturnehmer stellt er in seinem Betrieb den postalischen Service public sicher. Als Partner kommen unter anderem Gemeinden, Bahngesellschaften, Detaillisten, Spitäler und Tourismusorganisationen in Frage. Die Agentur ist mit einem Post-Logo gekennzeichnet. [32] Ulrich Häfelin/Georg Müller, Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2002, Rz. 279 f. [33] Vgl. oben Kap. 4a. [34] AS 2003 4297 f. [35] Parlamentarische Initiative Flächendeckendes Poststellennetz. Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates vom 25. Feb. 2002, BBl 2002 5102. Sodann BBl 2002 5101 und 5103 (Möglichkeit von Filialen, Agenturen und ausnahmsweise mobilen Poststellen). [36] Parlamentarische Initiative Flächendeckendes Poststellennetz. Bericht des Bundesrates vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5109, 5115. [37] Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1280. Sodann BBl 1996 III 1276: «Werden die verschiedenen Netzteile in einer Hand gehalten, kann die Dienstleistung von der Aufgabe bis zur Zustellung durchgehend kontrolliert werden. Bei nur einem «Netzbetreiber» ist es zudem einfacher, die Auslastung des Netzes zu verbessern und dadurch dessen Rentabilität, Effizienz und Qualität zu steigern. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass einzelne Annahme■, Transport- und Zustellaufgaben durch Dritte wahrgenommen werden.» [38] AB 1996 N 2331 (Votum Binder). [39] Dazu oben Kap. 3a. [40] Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass dem historischen Gesetzgeber bewusst war, dass die Post in einem Verdrängungsmarkt tätig ist und ihre Marktstellung vor allem mittels Effizienzsteigerungen würde halten müssen. Vgl. Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1275: «Mit ihren vielen Poststellen, Sortierzentren und Umleitstellen unterhält die Post eine

aufwendige Infrastruktur, die es möglichst optimal auszulasten gilt. Im Gegensatz zu Telekommunikationsunternehmen ist die Post in stagnierenden Märkten tätig, was die Auslastung der postalischen Infrastruktur noch schwieriger werden lässt. Weiter kommt dazu, dass

E. 28

infolge von Überkapazitäten im Logistikbereich die Margen immer kleiner werden. Im Gegensatz dazu steht die progressiv wachsende Nachfrage im Fernmeldebereich. Die veränderten Kundenbedürfnisse sowie die technische Entwicklung verstärken diese Tendenzen zusätzlich. So werden heute anstelle von Briefen elektronische Mitteilungen verschickt oder per Fax dem Empfänger zugestellt.» [41] Dazu oben Kap. 3a. [42] Dazu oben Kap. 2b. [43] Die steuerrechtlichen Konsequenzen einer Auslagerung von Universaldiensten in Konzerngesellschaften sind allerdings nicht eindeutig. Soweit die Vertragsbeziehungen zur Kundschaft im Stammhaus verbleiben und sich die Auslagerung auf das Personal, die Betriebsmittel und die Vertragsbeziehungen zu den Auftragnehmern beschränkt, bliebe die Post wohl von den direkten Bundessteuern sowie von den Steuern der Kantone und Gemeinden befreit. Soweit auch die Vertragsbeziehungen zur Kundschaft überführt werden, müsste die Konzerngesellschaft wohl auf Grund von Art. 56 Bst. g DBG und Art. 23 Abs. 1 Bst. f des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG, SR 642.14) keine direkten Steuern entrichten, weil sie mit der Erbringung von Universaldiensten «öffentliche Zwecke» verfolgt. Demgegenüber müsste wohl nach diesem Auslagerungsszenario die Konzerngesellschaft für die Erbringung der Universaldienste indirekte Steuern bezahlen. [44] Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1275. [45] Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1276. [46] Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1320. Zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Post zu stärken, insbesondere auch BBl 1996 III 1312 f. [47] Vgl. Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1314. [48] Dazu oben Kap. 3b. [49] Dazu oben Kap. 2c. [50] Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1314. [51] Botschaft zu einem Postorganisationsgesetz und zu einem Telekommunikationsunternehmensgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1321. [52] Cf. ci-dessous ch. 21. [53] Cf. ci-dessus ch. 12. [54] Message du Conseil fédéral du 14 décembre 1998 concernant la loi sur le personnel de la Confédération (LPers), FF 1999 1421 ch. 6 p. 1454-1456. [55] Message précité p. 1422. [56] Cf. art. 6 al. 5 et 6 LPers; art. 5 al. 1 à 3 bis ordonnance-cadre LPers; ch. 11 à 112 CCT Poste. [57] André Grisel, *Traité de droit administratif*, Neuchâtel, 1984, p. 132. [58] André Grisel, *op. cit.* p. 132. [59] Cf. ci-dessous ch. 21. [60] André Grisel, *op. cit.* p. 136.

E. 29

[61] Message du Conseil fédéral du 14 décembre 1998 concernant la loi sur le personnel de la Confédération (LPers), FF 1999 1421 ch. 6 p. 1459-1460. [62] Message du Conseil fédéral précité p. 1459. [63] Message du Conseil fédéral précité p. 1422. [64] Cf. Matthias Michel, *Beamtenstatus im Wandel*, Thèse, Zurich, 1998, p. 24: «Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Dienstleistungen im Bereich der Post und Telekommunikation wurden die ursprünglichen PTT-Betriebe neu organisiert. Die Post

erhielt die Form einer selbständigen öffentlichrechtlichen Anstalt («Die Schweizerische Post») und die Telekommunikationsbetriebe wurden in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft («Swisscom») umgestaltet. Das Personalstatut der Post bleibt öffentlichrechtlicher Natur und folgt den Entwicklungen des allgemeinen Bundespersonalrechts (...). [65] Cf. communiqué de presse de la Poste du 8 juillet 2003 intitulé «Roundtable»: La poste entend consolider sa position de numéro un: «Le droit du personnel, que la Poste est tenue d'observer, réduit la marge de manœuvre de notre entreprise ainsi que la capacité concurrentielle de certains secteurs». [66] BO 1999 N 2035. [67] Par 111 voix contre 24. [68] BO 1999 N 2052-2053 (Pelli Fulvio). [69] BO 1999 N 2053 (Béguelin Michel). [70] BO 1999 N 2053 (David Eugen, rapporteur). [71] BO 1999 N 2054 (Villiger Kaspar, Conseiller fédéral). [72] BO 1999 N 2054. [73] BO 1999 E 1079 (Villiger Kaspar, Conseiller fédéral). [74] BO 2000 N 3 (Villiger Kaspar, Conseiller fédéral). [75] L'acheminement des colis adressés pesant jusqu'à deux kilos faisait même partie des services réservés, à l'époque de l'adoption de la LPers. [76] Vgl. Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5016: «Effiziente Strukturen sowie Anpassungs- und Entwicklungsfähigkeit: Aus der Pflicht, die Dienstleistungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen festzulegen, folgt, dass die Post effizient arbeiten muss. Dazu gehören auch die ständige Prüfung ihrer Strukturen und Prozesse sowie die Möglichkeit, diese an neue Verhältnisse anzupassen.» [77] Vgl. Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5022 ff. [78] Vgl. die Diskussion eines Postmarktgesetzes in Botschaft zum Postgesetz vom 10. Juni 1996, BBl 1996 III 1270 f. Sodann Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens in der Schweiz - Bericht des Bundesrates und Botschaft über die Änderung des Postorganisationsgesetzes vom 22. Mai 2002, BBl 2002 5014.

E. 30

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali JAAC 70.87 - Gutachten des Bundesamtes für Justiz vom 20. April 2006 In Verwaltungspraxis der Bundesbehörden Dans Jurisprudence des autorités administratives de la Confédération In Giurisprudenza delle autorità amministrative della Confederazione Jahr 2006 Année Anno Band 70 Volume Volume Seite --- Page Pagina Ref. No 150 007 463 Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv und die Bundeskanzlei konvertiert. Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses et la Chancellerie fédérale. Il documento è stato convertito dall'Archivio federale svizzero e della Cancelleria federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.